

30.11.2017

Berliner Gipfel zu Stahl-Überkapazitäten: WV Stahl begrüßt Einigung

Am 30. November berieten die Wirtschaftsminister der G20-Staaten und einer Reihe weiterer OECD-Staaten in Berlin über politische Handlungsempfehlungen zum Abbau der weltweiten Stahl-Überkapazitäten und dem Aufbau eines Monitoringsystems, mit dem Fortschritte überprüft werden können.

Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, begrüßt das Ergebnis der Verhandlungen unter der deutschen G20-Präsidentschaft: „Die heute getroffene Vereinbarung ist ein erster wichtiger politischer Schritt zum Abbau von Stahl-Überkapazitäten. Weitere müssen nun unter der kommenden argentinischen G20-Präsidentschaft folgen. Am Ende braucht es verbindliche Regeln, die die marktwirtschaftlichen Anpassungsprozesse stärken.“ Kerkhoff zufolge müssen alle marktverzerrenden Subventionen auf den Prüfstand.

In diesem Zusammenhang stehe China besonders in der Verantwortung, ihre Ankündigungen umzusetzen. Im Hinblick auf weltweit ansteigende protektionistische Tendenzen müsse auch die US-Administration ihren Beitrag leisten. So sollten bisherige Pläne, Importstahl aus sicherheitspolitischen Erwägungen mit Strafzöllen zu belegen, endgültig der Vergangenheit angehören.

Trotz des vorgelegten Fortschrittsberichts, dürfe die Europäische Union nicht die geplante Modernisierung ihrer Handelsschutzinstrumente aus den Augen zu verlieren. Die Gefahr von marktverzerrenden Subventionen für die globalen Stahlmärkte sei bei weitem noch nicht gebannt: „Die EU muss sich in Zukunft konsequent gegen Wettbewerbsverzerrungen und Protektionismus zur Wehr setzen können“, mahnt Kerkhoff in Richtung Brüssel, wo zurzeit um die Modernisierung der Instrumente gerungen wird.

Hintergrund: Laut jüngsten Daten der OECD belaufen sich die Überkapazitäten in der Stahlindustrie weltweit auf nahezu 740 Millionen Tonnen (2016). Die leichte Erholung der globalen Stahlnachfrage in diesem Jahr hat an dem grundlegenden Problem keine entscheidende Änderung gebracht. Vor diesem Hintergrund haben die G20 Regierungschefs im September 2016 in Hangzhou beschlossen, ein Globales Forum zu Überkapazitäten in der Stahlindustrie einzurichten. Damit haben sie sich verpflichtet, bei der Lösung der Stahlfrage international zu kooperieren, d.h. Informationen auszutauschen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Auf dem G20-Gipfel in Hamburg haben die Regierungschefs diesen Auftrag noch einmal bekräftigt und einen substantiellen Fortschrittsbericht bis November 2017 erbeten, der konkrete politische Lösungen zum Abbau der Überkapazitäten enthalten soll.

Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 70 Unternehmen und rund 90.000 Mitarbeiter.
Weitere Informationen finden Sie unter: www.stahl-online.de

Rückfragen
Klaus Schmidtke
Leiter Kommunikation

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf

Fon +49 (0) 211 6707-115 oder -116
Fax +49 (0) 211 6707-676
Mail klaus.schmidtke@stahl-zentrum.de